

Ein Jahr NLD-geführte Regierung in Myanmar – Eine Bilanz

Von Mandy Fox

April 2017

»We can do nothing without peace in our country«, sagte Aung San Suu Kyi in ihrer Rede zum Unabhängigkeitstag am 4. Januar 2016 in der Parteizentrale der National League for Democracy (NLD) in Yangon, Myanmar. Die Partei und deren Vorsitzende Aung San Suu Kyi, international als ›Ikone der Demokratie‹ gelabelt, errangen einen erdrutschartigen Sieg bei den landesweiten Parlamentswahlen am 8. November 2015. Nach Jahrzehnten der Militärherrschaft sieht sich die erste zivile Regierung, die am 30. März 2016 ihre Arbeit aufnahm, mit großen Hoffnungen und übertrieben hohen Erwartungen, sowohl national als auch international, konfrontiert.

Der Friedensprozess in Myanmar steht bei der neuen Regierung auf Platz Eins der Prioritätenliste. Nach über 60 Jahren Bürgerkrieg und weiten Teilen des Staatsgebietes, welches nicht durch die Regierung kontrolliert wird, 450.000 Binnenvertriebenen, über 200.000 Geflüchteten in den Nachbarländern und einem florierenden Drogenhandel von dem sowohl Widerstandsgruppen als auch die Armee profitieren, stellt das Ringen um Frieden für die Entwicklung des multiethnischen Staates die größte Herausforderung dar. Darüber hinaus gilt es den Wirtschaftssektor, das Bildungssystem und das Gesundheitswesen zu reformieren und die überbordende Korruption zu bekämpfen.

Seit die neue Regierung im Amt ist, verstärken sich Konflikte zwischen der Armee und den bewaffneten ethnischen Gruppen (EAO, ethnic armed organisations) besonders im Kachin- und Shan Staat. Die Lage im Rakhine Staat eskalierte, seit 2012 sind Konflikte zwischen buddhistischen Rakhine und Muslimen wieder aufgebrochen, und seit Oktober 2016 herrscht im Norden der Ausnahmezustand. Stimmen werden laut, dass die quasi-Regierungschefin Aung San Suu Kyi zu dem Vorgehen der myanmarischen Armee im Rakhine Staat, sowie zu deren militärischen Offensiven im Shan- und Kachin Staat, nicht gebührend Stellung bezieht.

Die Konflikte bedrohen den Prozess für Frieden und Versöhnung, zwei von Aung San Suu Kyis gesetzten Prioritäten. Gesetzesreformen und der demokratische Wandel sind weitgehend ins Stocken geraten. Die anfangs herrschende Euphorie, dass mit der neuen Regierung auch eine neue Zeitenwende anbrechen wird, ist der Ernüchterung gewichen.

Aung San Suu Kyi – Schritte zur Festigung ihrer Machtposition

Bereits vor den Wahlen am 8. November 2015 ließ Aung San Suu Kyi verlauten, dass sie ›über dem Präsidenten‹ stehen und alle wichtigen politischen Entscheidungen treffen werde, sollte die NLD die Wahlen gewinnen. Als erste Amtshandlung verabschiedete das Parlament sodann am 5. April 2016 ein Gesetz, welches Aung San Suu Kyi den Posten der ›Staatsrätin‹ einräumte und sie damit de facto zum Staatsoberhaupt machte. Zwei Tage später wurde das Gesetz von Präsident Htin Kyaw, ein Vertrauter Suu Kyis, unterzeichnet und in Kraft gesetzt. Das führte zu großem Unmut bei den Abgeordneten des Militärs. Sie kritisierten, dass diese Position die Autorität des Präsidenten unterminieren würde. Als sie überstimmt wurden, nannten sie dieses Vorgehen ›democratic bullying‹ durch die Mehrheit. Aung San Suu Kyi sicherte sich darüber hinaus den Posten als Außenministerin und Ministerin des Präsidialbüros. Zudem steht sie dem *Central Committee on Implementation of Peace, Stability and Development of Rakhine State* vor, welches sie Ende Mai 2016 formte um zu signalisieren, dass die Situation im krisengeschüttelten Rakhine Staat ebenfalls zu ihren Prioritäten gehört. Das führt nicht nur zu einem immensen Arbeitspensum, sondern auch zu einer Machtakkumulation in den Händen einer Person. Gerade die junge Politikergeneration möchte eine größere Rolle spielen und nicht nur der ›Erfüllungsgehilfe‹ einer Aung San Suu Kyi sein.

Das sollte allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass Aung San Suu Kyi nicht umhin kommt, zusammen mit dem Militär zu regieren. Qua Verfassung kontrolliert das Militär das In-

nenministerium, das Verteidigungsministerium und das Ministerium für Grenzangelegenheiten. Hinzu kommt, dass das Militär über 25 % der Parlamentssitze verfügt, die als solche in der Verfassung verankert sind und nicht zur Wahl stehen. Die Beziehungen der neuen Regierung und Aung San Suu Kyis zum Militär sind nicht frei von Spannungen, aber sie werden darüber entscheiden, welchen Weg die Politik einschlagen wird.

Die Friedenskonferenz – kein Meilenstein, aber ein Anfang

In ihrer Neujahrsansprache am 18. April 2016 gab Aung San Suu Kyi erstmals eine Richtung vor, die sie in fünf Prioritäten bündelte: Nationale Versöhnung, innerer Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Änderungen der Verfassung und demokratische Entwicklung. Das inhaltliche Programm, die praktische Umsetzung, wurde jedoch nicht deutlich. Schnelle Taten und Erfolge mussten her und so verkündete Aung San Suu Kyi Ende April 2016 eigenmächtig und ohne weitere Konsultationen das stattfinden einer Friedenskonferenz mit dem Titel ›Panglong Konferenz des 21. Jahrhunderts‹. Das stieß nicht nur EAOs und politische Führer*innen vor den Kopf, sondern auch das Militär. Deshalb ergänzte sie hastig, dass diese Konferenz die Fortsetzung des 2011 eingeleiteten Friedensprozesses der Regierung unter Ex-Präsident Thein Sein darstellt und als zweite Auflage der im Januar 2016 stattgefundenen Union Peace Conference zu sehen sei. Aung San Suu Kyi appellierte an den ›Geist von Panglong‹, in Anlehnung der 1946/47 in Panglong stattgefundenen Konferenzen zur Bildung eines unabhängigen Staates. Die Bedingung der britischen Kolonialmacht war es damals, nur ganz Burma in die Unabhängigkeit zu entlassen. Die Vertreter der von den Briten nur indirekt verwalteten Gebiete mussten also ›mit ins Boot geholt‹ werden. Ihr Vater Aung San verhandelte mit den Shan, Kachin und Chin und es kam zum Beschluss des politischen ›Panglong Agreement‹. Er gilt bis heute als nationaler Einiger im Land. Der ›Geist von Panglong‹ führt heutzutage dazu, dass viele Vertreter*innen von EAOs und politischen Parteien zusammenkommen, um den Friedensprozess voranzubringen. Unterdessen gab es un-



Am jährlich stattfindenden Märtyrertag, in Gedenken an die Ermordung Aung Sans und seiner Mitstreiter, vor der NLD Zentrale; ©Mandy Fox, 2013

mittelbar vor der Konferenz Berichte über ein erneutes Aufflammen der Kämpfe im Gebiet der Kachin Independence Organisation (KIO) und ihres militärischen Arms, der Kachin Independence Army (KIA). Oberstleutnant Naw Bu von der KIO kommentierte: »I assume that they want to harass and obstruct the upcoming peace conference as KIA is not a signatory to the Nationwide Ceasefire Agreement (NCA). They might want to exert pressure on us to sign the NCA by launching an offensive.«¹ Hinzu kommen militärische Offensiven gegen die Ta'ang National Liberation Army (TNLA) und die Shan State Army-North (SSA-N), beide keine Unterzeichner des landesweiten Waffenstillstandsabkommens (NCA). Die militärischen Offensiven schaffen nicht die dringend benötigte Vertrauensbasis und lassen Zweifel am Erfolg des Friedensprozesses aufkommen.

Das NCA wurde am 15. Oktober 2015 zwischen der Regierung unter dem damaligen Präsidenten und Ex-General Thein Sein und acht² EAOs geschlossen. Ban Ki-moon, zu dieser Zeit UN-Generalsekretär, nannte die Unterzeichnung des Abkommens einen ›Meilenstein‹. In Myanmar kämpfen über 20 EAOs für mehr Autonomie und Selbstbestimmung, einige seit der Unabhängigkeit 1948. Waffenstillstandsvereinbarun-

gen erwiesen sich in den vergangenen Jahrzehnten als brüchig. Nur 15 der EAOs wurden von der Regierung eingeladen an dem Prozess für das landesweite Waffenstillstandsabkommen teilzunehmen. Im Vorfeld der Verhandlungen veröffentlichte der United Nationalities Federal Council (UNFC), eine Koalition aus EAOs, ein Statement, in dem er die Regierung beschuldigt, es mit dem Friedensprozess nicht ernst zu meinen und die EAOs durch gezielte militärische Angriffe zu einer Unterzeichnung des Abkommens zwingen zu wollen. Im September 2015 kam es zu 67 Zusammenstößen zwischen dem Militär und EAOs und auch nach der Unterzeichnung des Abkommens setzt das Militär seine Angriffe fort. Laut dem damaligen Informationsminister Ye Htut sollten mittels der Offensiven die Bevölkerung geschützt und der Drogenhandel bekämpft werden.

In einem gemeinsamen Statement am 7. Januar 2016 gaben sich die acht Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommens pessimistisch und sprachen von einem Scheitern des Friedensprozesses, wenn die Regierung weiterhin einige Gruppen ausschließt. Die anschließende Union Peace Conference am 12. Januar 2016 brachte als Ergebnis lediglich hervor, dass der politische Dialog weitergeführt werden müsse.

Streitpunkt war u. a. die Haltung des Militärs, dass es nur eine nationale Armee zur Landesverteidigung geben dürfe, wie der Oberkommandierende der Streitkräfte, Min Aung Hlaing, auf der Konferenz betonte: »Ethnic armed groups are welcome if they wish to join the Tatmadaw (Streitkräfte – Anm. d. Red.) in defence of the Union.« Unterdessen gingen die Kämpfe zwischen EAOs und der Armee im Shan- und Kachin Staat weiter. Angeblich sei die Shan State Army-South (SSA-S), Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommens, von der Armee unterstützt worden im Kampf gegen die TNLA, die wiederum durch die Regierung vom Prozess um das nationale Waffenstillstandsabkommen ausgeschlossen wurde. Das war ein Hauptgrund für die Weigerung anderer EAOs, das Abkommen zu unterzeichnen: Sie forderten einen ›all-inclusive‹ Ansatz. Dieser wurde wiederum von der neuen Regierung für die nationale Friedenskonferenz im August 2016 verfolgt, aber ganz durchsetzen konnten sie ihn nicht. Das Militär hatte Einwände und forderte von drei EAOs die Waffen niederzulegen als Bedingung für die Konferenzteilnahme.

Die auf fünf Tage angesetzte Friedenskonferenz, die am 31. August 2016 in Naypyidaw begann, umfasste 700 Teilnehmer*innen. Für die Exekutive und das Parlament waren jeweils 75 Sitze vorbehalten, jeweils 150 Sitze für das Militär, die EAOs und die politischen Parteien, die im Parlament vertreten sind, jeweils 50 Sitze für Vertreter*innen ethnischer Gruppen und ›andere Eingeladene‹. Für die rund 70 politischen Parteien, die bei den Wahlen am 8. November 2015 keine Sitze erringen konnten, wurden während der Friedenskonferenz nur fünf Sitze zur Verfügung gestellt, weshalb Parteien aus dem Kayah Staat diesen Zustand als unzumutbar kritisierten und die Einladung ausschlugen.

Dennoch stellte die Konferenz zum ersten Mal eine Plattform zur Verfügung um die eigene Meinung zu artikulieren und sich auszutauschen: »Before, people could just hear the voice of the military as it was ruling for over 50 years. Today, the military has heard the voices of ethnic groups«, sagte Ko Ni, zu dieser Zeit Anwalt und Regierungsberater.³ Die drei EAOs Ta'ang National Liberation Army, Arakan Army und die Kokang Myanmar National Democratic Alliance Army waren auf der Friedenskonferenz nicht

vertreten, da sie sich weigerten die Waffen niederzulegen wie durch das Militär gefordert. In Anbetracht der Konfliktlage und der gestiegenen Offensiven des Militärs kam die Weigerung daher nicht überraschend. Soll der Friedensprozess im Land vorangetrieben werden, muss das Militär mit ins Boot geholt werden, auch wenn einigen Akteur*innen die starke Involvierung des Militärs in politischen Prozessen missfällt. Ex-Präsident Thein Sein beschreibt das Selbstverständnis der Streitkräfte treffend: »In fact the military is the one who is assisting in the flourishing of democracy in our country (...) As the political parties mature in their political norms and practice, the role of the military gradually changes.«⁴

Nach Abschluss der Friedenskonferenz war für die Teilnehmer*innen klar, dass es zukünftig noch viel zu tun geben wird. Vertreter*innen ethnischer Gruppen fordern zuallererst die Verfassung aus dem Jahr 2008 zu ändern, weil es sonst keinen dauerhaften Frieden geben kann. Sie fordern die Schaffung eines föderalen Myanmar und einen Machttransfer zu den (ethnischen) Föderalstaaten, da so die gleichen Rechte für die ethnischen Minderheiten garantiert werden könnten. Regierungsberater Ko Ni resümiert: »The challenges are: What kind of federal state do they want? Based on the geographical situation or ethnicity or both? (...) And they have to keep discussing power sharing and natural resource sharing.«

Es wird noch ein langer Weg zu beschreiten sein, die divergierenden Ansichten und Konzepte zusammen zu bringen. Die nächste Panglong Konferenz, die eigentlich am 28. Februar 2017 hätte stattfinden sollen, wurde auf unbestimmte Zeit verschoben und die Sorgen um eine Stagnation des Friedensprozesses wachsen.

Verschärfte Konfliktlage in Nord-Myanmar

Der Ausschluss von einigen EAOs vom Friedensprozess forciert eine Spaltung zwischen den Gruppen selbst, sowie mit der Regierung und dem Militär. Als eine Folge davon kann die Bildung der *Northern Alliance* gesehen werden,



Aung San Suu Kyi ist ein beliebtes Motiv für Textilien und Accessoires
©Mandy Fox

ein Zusammenschluss der Gruppen, die vom NCA und der Friedenskonferenz ausgeschlossen waren. Geführt wird die *Northern Alliance* von der KIA, die zwar eingeladen war, das NCA aber nicht unterzeichnet hatte. Seit Dezember 2016 ist die Allianz in Kämpfe mit dem Militär verwickelt. Am 24. Februar 2017 wurde eine Stellungnahme von sieben EAOs veröffentlicht, in dem sie ein neues landesweites Waffenstillstandsabkommen fordern. Dies war das Resultat eines dreitägigen Treffens im Hauptquartier der United Wa State Army in Pangsang, Shan Staat. Die Unterzeichner waren unter anderem die vier Mitglieder der *Northern Alliance*.

Anfang März 2017 kam es zu Angriffen auf Militär- und Polizeiposten durch die Myanmar National Democracy Alliance Army (MNDAA) in Laukkai, der Hauptstadt der Kokang Special Region No. 1, im nördlichen Shan Staat. Fünf Verkehrspolizist*innen und fünf Zivilist*innen starben bei den Angriffen, die von der *Northern Alliance* abgesegnet wurden. Tausende flohen nach Lashio im nördlichen Shan Staat oder über die Grenze nach China. Laut MNDAA war dies ein Vergeltungsschlag für die Angriffe durch die Armee. Aung San Suu Kyi, die bisher zu den militärischen Offensiven der Armee gegen EAOs geschwiegen hatte, verurteilte hingegen die Angriffe der MNDAA.

Die fehlende Verurteilung der Angriffe der myanmarischen Armee im Shan und Kachin Staat durch Aung San Suu Kyi verstärkt bei vielen EAOs das Misstrauen und erweckt den Eindruck, als würden Aung San Suu Kyi und das Militär mit einer Stimme sprechen. Das gegenseitige Misstrauen ist einer der größten Stolpersteine im Friedensprozess. Dau Kha, Sprecher für das technische Beraterteam der KIO ist einer von vielen, die diese Bedenken äußern: »They are just reciting the line about non-disintegration of the Union, but actually both the army and Daw Aung San Suu Kyi are doing the disintegration. It can affect the direction of peace.«⁵

Der Rakhine Staat – ein weiterer Konfliktschauplatz

Im Fokus der internationalen Berichterstattung steht seit Monaten die Situation im Rakhine Staat, die im Oktober 2016 eskalierte. Der Norden des Rakhine Staates an der Grenze zu Bangladesch ist abgeriegelt und gehört zu einer militärischen Operationszone. Offenbar versucht das Militär hier seine Macht zu demonstrieren, genauso wie im Kachin- und Shan Staat. Grund für das militärische Eingreifen waren koordinierte

Banner der NLD mit Aung San Suu Kyi neben ihrem Vater Aung San
©Mandy Fox



Attacken auf myanmarische Grenzposten. Dabei wurden neun Polizeikräfte getötet sowie Waffen und Munition erbeutet. Die Angreifer sollen laut Regierung zu einer militanten Rohingya-Organisation gehören. Meldungen über Menschenrechtsverletzungen, die durch die myanmarischen Sicherheitskräfte an der lokalen, mehrheitlich muslimischen Bevölkerung im nördlichen Rakhine Staat, darunter Angehörige der Gruppe der Rohingya, begangen werden, häuften sich. Die von der Regierung eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Vorwürfe wies diese als unbegründet zurück. Rund 70.000 Menschen flüchteten bislang nach Bangladesch. Internationale Kritik an der neuen Regierung und der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die Krise zu bewältigen, wächst.

Ende März 2017 beschloss der UN-Menschenrechtsrat die Durchführung einer ›fact-finding mission‹ um mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen in Nord-Rakhine zu untersuchen, die durch das myanmarische Militär an der muslimischen Gruppe der Rohingya begangen worden sind. Aung San Suu Kyi wies die Entscheidung der UN mit der Begründung zurück, das solch eine Mission die Situation eher verschlimmern als verbessern würde. Sie sagte in ihrer Rede im Staatsfernsehen anlässlich des ersten

Geburtstages der NLD-geführten Regierung: »We value the support, help and sympathy of our friends around the world, in our efforts toward peace and national reconciliation, but we must work ourselves for our country's responsibilities, because we are the ones who best understand what our country needs.«

Seit 2012 haben sich antimuslimische Kampagnen im Zuge der Demokratisierung in ganz Myanmar verstärkt. Bereits die gewaltsamen Konflikte zwischen Buddhisten und Muslimen 2012 im Rakhine Staat führten mehrheitlich zur Vertreibung von Muslimen. Seitdem fristen über 100.000 Menschen ihr Dasein als Binnenflüchtlinge in Camps. Rund drei Millionen Menschen leben im Rakhine Staat. Zwei Drittel davon sind buddhistische Rakhine und andere ethnische Gruppen, ein Drittel sind Muslime, unter ihnen auch Angehörige der Gruppe der Rohingya.

Positive Entwicklungen unter der neuen Regierung

Die Abschaffung von veralteten Gesetzen, die der Unterdrückung und Repression dienen, machen bisher wenige Fortschritte. Allerdings



Gedenkfeier für die Demokratieproteste von 1988 im Myanmar Convention Center
©Mandy Fox

wurden die Änderungen des umstrittenen Bezirks- und Dorfverwaltungsrechts, welches die Bürger*innen verpflichtete, alle Gäste zu melden, die über Nacht bleiben, im November 2016 im Parlament gebilligt. Ein Schritt in die richtige Richtung. Eine Registrierung von Gästen ist nur noch nötig, wenn sie länger als einen Monat bleiben. Das Gesetz wurde unter der damaligen Militärregierung missbraucht, um Dissident*innen zu kontrollieren. Die NLD-geführte Regierung sollte die Gesetzesreformen weiter vorantreiben, um die Zivilgesellschaft zu stärken und zu schützen.

Als starkes Zeichen kann auch gewertet werden, dass der Chief Minister von Yangon, der gute Beziehungen zu Aung San Suu Kyi unterhält, im Juli 2016 erstmals öffentlich die ultranationalistische Mönchsorganisation Ma Ba Tha (Vereinigung zum Schutz von Nation und Religion) kritisierte. Ma Ba Tha schürt massiv die Angst vor einer Islamisierung Myanmars. Auch das Sangha Maha Nayaka Committee, die oberste Instanz des Mönchordens, erklärte in einer Stellungnahme, dass Ma Ba Tha keinen offiziellen buddhistischen Status besitze. Und der Mönch Ashin Wirathu, Aushängeschild von Ma Ba Tha, muss mit einer möglichen Strafverfolgung wegen Beleidigung der UN-Sonderbe-

richterstatte zur Lage der Menschenrechte in Myanmar rechnen.

Fazit

Die NLD-geführte Regierung steht auch in Zukunft vor großen Herausforderungen. Nach einer jahrzehntelangen Konfliktgeschichte, geprägt von gegenseitigem Misstrauen und gebrochenen Versprechen, leidvollen Kriegserfahrungen der Bevölkerung, die im kollektiven Gedächtnis der jeweils betroffenen Gruppen bestehen bleiben, war die Friedenskonferenz im August 2016 nur der Auftakt eines langen Weges zu einem dauerhaften Frieden in Myanmar. Aung San Suu Kyi appellierte an die Konferenzteilnehmer*innen mit ihren abschließenden Worten: »It is only a short time that we have in this world (...) So let's spend our time in a valuable way, and I want to urge you to think about how to drive off our antipathy rather than having antipathy or doubt between each other by focusing on cases in the past.« Dazu gehört allerdings auch der ›all inclusive‹ Ansatz, der dringend von allen Parteien, darunter besonders die Regierung, verfolgt werden muss, da der Ausschluss bestimmter Gruppen zu einer Eskalation der Situation geführt hat.

Neue Konzepte sind nun gefragt. Die Regierung muss dafür mit Vertreter*innen der ethnischen Gruppen und dem Militär zusammenarbeiten. Die Forderungen der ethnischen Gruppen sowie die territoriale Administration mit den damit verbundenen Befugnissen im Land müssen bei der Entwicklung des neuen Konzeptes berücksichtigt werden. Die in Myanmar miteinander verwobenen Vorstellungen von Ethnizität und Föderalismus führen immer wieder zu Konflikten und in naher Zukunft ist eine Lösung, die die ethnische Zugehörigkeit ausklammert, nicht in Sicht. Doch die Sorge einiger Analyst*innen, dass sich die Geschichte wiederholt und das Militär aufgrund der zahlreichen Konflikte die Macht ergreift, ist momentan nicht zu erwarten. Das Militär ist an einer Selbstsabotage nicht interessiert, da es die eigens in Gang gesetzte und forcierte Transition weiter begleiten und für sich als Erfolg verbuchen möchte.

Anmerkungen

- 1 »Heavy weapon shells reportedly fired on Laiza near KIO GHQ«, Mizzima, 19. August 2016
- 2 Folgende Gruppen unterzeichneten das landesweite Waffenstillstandsabkommen (NCA): Restoration Council of Shan State/Shan State Army – South (RCSS/SSA-S), Karen National Union (KNU), Chin National Front (CNF), Arakan Liberation Party (ALP), Pa-O National Liberation Organization (PNLO), Karen National Union/KNLA-Peace Council (KNU/KNLA-PC), Democratic Karen Benevolent Army (DKBA), All Burma Students' Democratic Front (ABSDF).
- 3 U Ko Ni wurde am 29. Januar 2017 am Yangoner Flughafen ermordet.
- 4 »Thein Sein: Myanmar army to continue key transition role«, BBC News, Myanmar, 20. März 2015.
- 5 »Kokang fighting the latest setback to peace process«, FRONTIER, March 23, 2017.

Die Autorin

Mandy Fox arbeitet als freiberufliche Journalistin für die ARD-Sendeanstalten und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Südostasienstudien der Universität Passau mit dem Schwerpunkt Myanmar und dem Fokus Südostasien.

Kontakt: kontakt@mandyfox.de

Über die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und von



Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Impressum

V. i. S. d. P.:

Christina Grein

Burma-Initiative der Stiftung Asienhaus

Hohenzollernring 52 | 50672 Köln | Germany

Tel.: 0221 | 71 61 21-25

Email: christina.grein@asienhaus.de

Web: <http://www.asienhaus.de/burma>

Gesamtausstattung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH

(<http://www.k-mw.de>)